



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen der
Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.**

1. Halten Sie es für politisch gewollt, dass die Personengruppe, die maßgeblich zum Zusammenbruch des SED-Regimes beigetragen hat, nach der Herstellung der staatlichen Einheit als einzige Personengruppe moralisch gedemütigt, sozialpolitisch massiv benachteiligt und lebenslänglich ausgegrenzt bleibt?

2. Halten Sie es für politisch korrekt, dass die jeweiligen Koalitionsfraktionen der letzten 2 Bundestage es vermieden haben, den Konflikt in die jeweiligen Koalitionsverträge aufzunehmen, obwohl sie als Oppositionsfraktionen einst Handlungsbedarf erkannt und für eine Konfliktlösung plädiert haben?

3. Kann Ihre Partei gewährleisten, dass der Konflikt „DDR-Altübersiedler und deren vom 12. Bundestag als damaligem Gesetzgeber nicht legitimierte Einbeziehung in die Rentenüberleitung“ zum Gegenstand von fairen und belastbaren Koalitionsvereinbarungen der 20. Legislaturperiode wird?

4. Was wird Ihre Partei dafür tun, dass die von IEDF/VOS/UOKG eingereichte „Beschwerde über die Nichteinhaltung der Festlegungen zum Rentenrecht in den beiden Staatsverträgen mit der DDR“ (Pet.3-19-11-8222-006233) unvoreingenommen geprüft wird und zu einer tragfähigen Beschlussempfehlung führt?

5. Die „politische Entscheidung“ der Bundesregierung führt dazu, daß die DDR-Altübersiedler für ihr einst widerständiges Verhalten in der DDR nach deren Beitritt sozialpolitisch bestraft werden. Hält Ihre Partei die daraus resultierende Entwertung der Altersversorgungen für vertretbar oder gar gewollt?

6. Alle bisherigen Bundesregierungen haben die bislang vorgelegten Lösungsvorschläge (Sammelpetition 2012, Anträge Fraktionen, Große Anfrage, aktuelle Stellungnahmen zur Beschwerde Pet. 3-19-11-8222-006233) ignoriert und verworfen. Wie wird sich Ihre Partei in der 20. Legislaturperiode verhalten?

7. Der „Härtefallfonds“ soll beitriffsbedingte Defizite bestimmter Berufsgruppen ausgleichen; DDR-Altübersiedler sind aber Versicherte der BRD mit politisch nachträglich entwerteten DDR-Biografien. Stimmt Ihre Partei der Auffassung zu, dass dieser Fonds keine Grundlage für eine Konfliktlösung bietet?

8. Wie beurteilt Ihre Partei folgende Kausalitäten?

Flucht und Ausreise - wichtiger Katalysator für Zusammenbruch des SED-Regimes

Wiedervereinigung - ehemalige DDR-Flüchtlinge dauerhaft sozialpolitisch bestraft

Fiktion: Beitritt der DDR gescheitert - Renten der DDR-Altübersiedler sind gesichert

Gemeinsame Antwort auf die Fragen 1 bis 8:

Die Schicksale der Opfer des DDR-Unrechtsstaates bewegen uns als CDU und CSU nach wie vor sehr. Uns ist bewusst, welch großes Unrecht Ihnen und vielen anderen Bürgerinnen und Bürgern widerfahren ist, die in der DDR politisch verfolgt wurden und aus der DDR geflüchtet sind.

Als CDU und CSU empfinden wir es deshalb als unsere Pflicht, auch in Zukunft die Erinnerung an den Unrechtsstaat DDR aufrechtzuerhalten und diejenigen zu unterstützen, die sich diese kritische Erinnerung zur Aufgabe gemacht haben.

Für die Anliegen der DDR-Altübersiedler, die für ein Leben im freien Teil Deutschlands viel wagen und viel aufgeben mussten, hat die Bundesrepublik Deutschland, haben insbesondere auch die Unionsparteien in der Vergangenheit viel getan und weiterhin sehr viel Verständnis. All denjenigen, die sich dem Unrechtsstaat DDR entziehen wollten, zollen wir unseren größten Respekt. Daher war es auch wichtig, dass etwa von 1963 bis 1989 insgesamt 33.755 politische Häftlinge aus den Gefängnissen der DDR freigekauft wurden. Flüchtlinge und Ausreisende wurden in Aufnahmeeinrichtungen so gut es ging betreut und in das Rechtssystem eingegliedert. Die DDR wurde von innen und außen niedergedrückt.

Eine der wesentlichen Entscheidungen von CDU und CSU zur Vollendung der Deutschen Einheit war es, die ostdeutschen Rentner und Arbeitnehmer in die gesamtdeutsche Rentenversicherung einzubeziehen. Dies ist eine eindrucksvolle gesamtdeutsche Solidaritätsleistung.

Ziel der Rentenüberleitung war es, diese Rentenansprüche entsprechend der Erwerbsbiografie nach dem SGB VI zu bewerten. Dabei sind die Zeiten der DDR-Flüchtlinge und Altübersiedler durch den West-Rentenwert begünstigt. Uns ist bewusst, dass diese gefundene Lösung von vielen als unbefriedigend empfunden wird.

Trotz zahlreicher Bemühungen konnte auch aus verfassungsrechtlichen Gründen keine andere Regelung für die DDR-Altübersiedler gefunden werden, die keine neuen Ungerechtigkeiten mit sich gebracht hätte. So gestaltet sich auch der geplante Härtefallfonds als schwierig umzusetzende Maßnahme.